

18.01.2022

Antrag

der Fraktion der SPD

Menschen im Hochwasser-Gebiet nicht alleine lassen – Psychischen Folgen der Hochwasser-Katastrophe wirksam begegnen

I. Ausgangslage

Tief "Bernd" mit dem Starkregen und der sich anschließenden Hochwasser-Katastrophe hat eine tiefe Schneise der Verwüstung, Tod und Leid in die betroffenen Regionen gebracht und sich damit in das kollektive Gedächtnis vor Ort eingebrannt.

Viele Menschen haben dramatische Momente in den Tagen im Juli 2021 erleben müssen. Zu erleben, wie sich unaufhörlich Wassermassen ansammeln und zu gefährlichen Fluten werden, die Sicherheit des eigenen Zuhauses bedroht zu sehen und gar um das eigene Leben oder das von geliebten Menschen zu fürchten – das wirkt sich nachhaltig auf das seelische Wohlbefinden und die seelische Gesundheit aus. Diese Erlebnisse belasten viele Menschen in den betroffenen Regionen, insbesondere auch Kinder und Jugendliche.

Eine Risikopotenzialanalyse für den Kreis Euskirchen kommt beispielhaft zu dem Ergebnis, dass mit einer Zahl von 8.000 Menschen zu rechnen ist, die in Folge der Hochwasser-Katastrophe psychologische Beratung benötigen. Davon – so geht die Analyse aus – werden 700 Menschen an langfristigen psychischen Störungen leiden. Prognostiziert werden 200 Menschen an posttraumatischer Belastungsstörung leiden, 500 Menschen an weiteren flutbedingten Störungen bzw. Traumafolgestörungen wie beispielsweise prolongierter Trauer, Depression, Ängsten, Sucht oder Zwangsstörungen. Diese Betrachtung des Kreises Euskirchen steht beispielhaft für die Herausforderungen in allen betroffenen Städten, Gemeinden und Kreisen.

Die bestehenden psychotherapeutischen Versorgungsangebote waren bereits vor Corona und der Hochwasser-Katastrophe nicht ausreichend, die Wartezeiten betragen nicht selten ein halbes Jahr oder länger. Durch die psychischen Belastungen der Corona-Pandemie und die traumatischen Erlebnisse der Hochwasser-Katastrophe steigt der Bedarf an psychotherapeutischer Versorgung deutlich und erhöht das Delta zwischen Angebot und Nachfrage zusätzlich. Das gilt umso mehr für psychotherapeutische Angebote für Kinder und Jugendliche.

Die psychosozialen Hilfsangebote vieler Initiativen und Hilfsorganisationen sind wichtige Angebote, die den Menschen in der Region helfen. Sie können psychotherapeutische Angebote jedoch nicht ersetzen.

Viele Psychotherapeutinnen und -therapeuten haben Kapazitäten für Betroffene der Hochwasser-Katastrophe angeboten. Das ist ein gutes Zeichen und hilft vor Ort. Es kann den Bedarf jedoch nicht nachhaltig auffangen und decken. Zusätzlich sind die Kapazitäten der jeweiligen Therapeutinnen und Therapeuten limitiert und fehlen dann an anderer Stelle.

In Rheinland-Pfalz hat die Landesregierung gemeinsam mit weiteren Akteuren ein Traumahilfezentrum in der betroffenen Region an der Ahr eingerichtet und somit ein zusätzliches Hilfsangebot für die seelischen Bedürfnisse der Menschen vor Ort geschaffen. Ein solches Angebot ist auch für die Menschen in Nordrhein-Westfalen sinnvoll und wichtig.

Es braucht eine koordinierte Herangehensweise der Landesregierung in Abstimmung mit den Krankenkassen und der kassenärztlichen Vereinigung. Die Landesregierung kann sich nicht länger zurücklehnen und auf die Lösung der bestehenden Probleme durch die Kommunen oder selbst organisierte Initiativen verlassen.

II. Der Landtag stellt fest:

- Die Erlebnisse im Juli 2021 sind traumatisch für viele Menschen – insbesondere auch für Kinder und Jugendliche – und wirken über die Katastrophen-Tage hinaus auf das Gemüt der betroffenen Regionen.
- Die psychotherapeutische Versorgung war bereits vor Corona und Hochwasser-Katastrophe nicht bedarfsdeckend, insbesondere auch im Bereich der Kinder- und Jugendpsychotherapie.
- Die betroffenen Menschen vor Ort haben die Solidarität des Landes Nordrhein-Westfalen.
- Diese Solidarität des Landes muss sich in praktischem Handeln und konkreten Angeboten niederschlagen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- ein Traumazentrum mit Ärztinnen und Ärzten, Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten sowie Soziotherapeutinnen und -therapeuten in Kooperation mit Akteuren der seelischen Gesundheit in der betroffenen Region anzusiedeln.
- mit den beteiligten Akteuren auf eine deutliche Verbesserung der psychiatrischen sowie psychotherapeutischen Regelversorgung in den betroffenen Regionen hinzuwirken, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche. Hierzu sind in erster Linie zusätzliche Kassensitze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten zu schaffen.
- die bereits aktiven psycho-sozialen Hilfsangebote (ehrenamtlich organisierte Netzwerke wie auch die Hilfsorganisationen) sowohl organisatorisch wie auch fachlich zu vernetzen und fachliche Standards zu etablieren.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Christian Dahm
Josef Neumann
Stefan Kämmerling

und Fraktion